

Brandenburg: Hohenzollern sollen verzichten

Potsdam. Das Land Brandenburg hat dem Haus Hohenzollern im Streit über Entschädigungsleistungen (jW berichtete) eine Frist gesetzt. Bis zu diesem Mittwoch soll Georg Friedrich Prinz von Preußen, Chef des Hauses Hohenzollern und Ururenkel des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., erklären, dass er auf Entschädigungsforderungen gegenüber dem Land in Höhe von rund 1,2 Millionen Euro verzichtet. Dies teilte das Brandenburger Finanzministerium am Dienstag mit. Derzeit ruht ein Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Potsdam. Das Land will das Geld nicht zahlen. Die Hohenzollern hatten dagegen geklagt. Der Anwalt der Hohenzollern, Markus Hennig, erklärte am Dienstag auf Anfrage, derzeit würden Gespräche mit Bund und Ländern geführt, um gerichtliche Auseinandersetzungen zu vermeiden. Wann und wo die Gespräche an diesem Mittwoch stattfinden, wurde zunächst nicht mitgeteilt. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/359307.brandenburg-hohenzollern-sollen-verzichten.html>